

**Verkaufpreis**  
 monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 Pf., halbjährlich 3.00 Pf., jährlich 6.00 Pf. Durch die Post bezogen 1.05 Pf.

**„Die Neue Welt“**  
 (Anzeigungsvertrag), durch die Post nicht beschickbar, halbjährlich 10 Pf., vierteljährlich 3 Pf.

# Volkshlatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

**Insertionsgebühren**  
 beträgt für die Spaltenzeit  
 15 Pf. für Wohnungs-  
 Vereins- und Veranlagungs-  
 anzeigen 10 Pf.

Inferate für die fällige  
 Nummer müssen höchstens bis  
 vormittags 1/10 Uhr in der  
 Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-  
 zeitschriftenliste unter Nr. 6648.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Sölbergasse.  
 Telegramm-Adresse: Volkshlatt Halle/Saale.

Netto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 235.

Halle a. S., Freitag den 6. Oktober 1893.

4. Jahrg.

## Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

In der „Neuen Zeit“, die eben jetzt einen neuen Jahrgang beginnt und bei dieser Gelegenheit ganz besonders zum Abonnement empfohlen, stellt E. D. Bernstein in London zu dem Thema „Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie“ den folgenden beachtlichen Vorschlag zur Diskussion:

Preußen ist der führende Staat des Deutschen Reiches, er bedeckt fast genau zwei Drittel des Flächenraums, zählt über drei Fünftel der Einwohner (1890 rund 30 Millionen von 49 400 000) desselben und hat im Bundesrat formell nur 17 von 58 Stimmen, vermöge seines politischen Einflusses auf die meisten Kleinstaaten jedoch in allen wichtigen Fragen das faktische Übergewicht. Die deutsche Reichsverfassung läßt den Einzelstaaten sehr wichtige Funktionen (u. a. das ganze Erziehungs- und Schulwesen, außerdem fast alle den Bundesrat in die Lage, jeden vom Reichstag ausgehenden Gesetzesbeschlusse kurzweg unter den Tisch zu werfen. Der Reichstag hat zwar den Anträgen des Bundesrats gegenüber ebenfalls das Recht des Veto, aber die ungleich stärkeren Machtmittel sind auf seinen des letzteren, und es würde immer erst eines auf die Spitze getriebenen Widerstandes bedürfen, den Bundesrat zum Eingehen auf einen Antrag des Reichstages zu nötigen. So lange sie durch ihre Sonderlandtage gebildet sind, werden die Einzelregierungen ihnen unangenehm Reichstagsbeschlüssen stets ein taubes Ohr entgegenbringen.

Im Reichstag aber auf den Reichstag hat die Arbeiterklasse Dank energischer Ausübung des ihr zustehenden Wahlrechts heute schon einen gewissen Einfluß. Sie hat in den 44 Sozialdemokraten, die jetzt im Reichstag sitzen, unbedingt Vertreter ihrer Klasseninteressen, sie ist aber auch für einen großen Teil der bürgerlichen Abgeordneten ein Faktor, dem dieselben bei ihren Abstimmungen Rechnung tragen müssen. Das bisigen Anfang von sozialreformatorischen Gesetzen, das wir im Deutschen Reich haben, ist der Mehrheit des Reichstages unter dem Druck der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen abgerungen worden. Wenn trotzdem die Gesetzgebung in Bezug auf den Arbeiterstand so ins Rollen geraten ist, so hauptsächlich Dank den jähren Widerstände des Bundesrats. Dieser Widerstand hat aber außerdem zur Folge, daß bürgerliche Abgeordnete im Reichstag für mehr oder minder drastische Reformen stimmten, weil sie im voraus wußten, daß der Bundesrat doch Nein sagen werde. In der Westfälischen Provinz sind gelegentlich mit Regierungsmitteln nicht rückhaltlos Sozialismus konstatiert worden. Die verbündeten Regierungen wissen, hieß es da, daß die Reichstagsmitglieder auf gewisse Strömungen außerhalb des Reichstages Rücksicht zu nehmen haben, sie nehmen ihnen daher ihre Zustimmung nicht weiter übel, aber fundamental die Regierungen dies Populärbedürfnis nicht haben, so thun

sie der Reichstagsmehrheit den Gefallen, deren Beschlüsse mit gebührender Achtung ad acta zu legen.

Was den „verbündeten Regierungen“ — in der Mehrheit der Fälle nur eine wohlklingende Umschreibung für die preussische Regierung — diese Sprache aber, wo man sich geniert, es offen zu sagen, dieses Verhalten möglichst macht, ist u. a. eben die Deutung durch ihre Landtage, die durch Jenius' r. Wahlsysteme dem in Frage kommenden „Populärbedürfnis“ ebenfalls möglichst entkräftet sind.

Dies gilt insbesondere von preussischen Landtag. Er, das Parlament des maßgebenden deutschen Bundesstaates, scheint vor allem in Dreiklassenwahlsystem einen ehernen Wall gegen jede Rücksicht auf die Forderungen der Arbeiterklasse zu besitzen. Einen kurzen Moment die Zentrale der Opposition gegen Militarismus, Junker- und Adelskultur, die Tribunale für Reben, denen die Drohung mit der gewaltsamen Revolution nicht mangelte (vergl. z. B. die in der Frühjahrssession 1886 gehaltenen Reden über die Strafverfolgungen gegen die Abgeordneten Frenzel und Twesten), ist er heute die fast unbestrittene Domäne der agrarischen und industriellen Feudalität. Zentrum und Konserve bilden zusammen eine kirchlich und wirtschaftspolitisch-reaktionäre, der kapitalistische Flügel der letzteren im Verein mit Freikonserverativen und Nationalliberalen eine plutokratisch-reaktionäre Mehrheit. Die Deutschfreimüthigen, die eigentliche Partei des modernen Bürgertums, verfügen im jetzt abgelaufenen Landtage über 29, sage und schreibe neunundzwanzig von 433 Sitzen!

Darnach wäre es absolut aussichtslos, jemals im preussischen Landtage die Stimme von Vertretern der Arbeiterklasse zu hören, den Forderungen der Arbeiterklasse auch hier irgend welchen Einfluß zu verschaffen. Was die derzeit in Deutschland maßgebenden Politiker unter Beilegung der Ungerechtigkeiten des Wahlsystems verstehen, hat die von Schöppel beleuchtete jüngste preussische Wahlreform gezeigt. Von der Seite ist nichts zu erhoffen. Sollte sich noch irgend jemand in Deutschland in dem Wahne gewiegt haben, das Dreiklassenwahlsystem werde an der Teilnahmslosigkeit der großen Masse des Volkes zu Grunde gehen, so ist ihm jetzt gründlich der Saar gestochen. Schöppel hat durchaus recht, wenn er schreibt, daß der ein großer Optimist wäre, der annehmen wollte, daß weil die Minielle Reform das „elendeste und widerwärtigste“ aller Wahlsysteme noch elender und widerwärtiger gemacht, es um so rascher zusammenbrechen müßte. Im Gegenteil, als ein je wirksamerer Wall gegen das Eindringen unfruchtbarer Ideen sich das Dreiklassenwahlsystem erweist, um so größere Chancen hat es, zu dauern bis zum jüngsten Tage — der Bourgeoisie-Gesellschaft.

Für diejenigen, die sich diesen „Tag“ als nahe bevorstehend und aus dem selbst eintretend vorstellen, wäre damit die Sache abgethan. Aber aber der Ansicht ist, daß wir zwar in unzähligen hyponomastischen Erscheinungen den Beweis besitzen, daß die bürgerliche Gesellschaft dem Zusammenbruch entgegenreift, daß aber das Eintreten dieses Zu-

sammenbruchs sich weder wirklich herbeiführen, noch — weil von einer ganzen Reihe von Umständen abhängig — mit Sicherheit vorherberechnen läßt, daß wir also, wie nahe wir immer diese Katastrophe vermuten mögen, als zurechnungsfähige Menschen uns durch diese Vermutung nicht abhalten lassen dürfen, das für die Förderung der Interessen der Arbeiterklasse zu thun, was nötig wäre, wenn die bürgerliche Gesellschaft eine größere Fähigkeit besitzt, als wir ihr zutrauen, kurz, wer mit voller Ueberzeugung auf dem Boden der von der Sozialdemokratie bisher prinzipiell befolgten Taktik steht, für den bleibt meines Erachtens doch noch eine Frage übrig. Die nämlich, ob das Dreiklassenwahlsystem dem wirklich der unübersteigbare Wall ist, die Ideen der Sozialdemokratie, die energische Geltendmachung der Arbeiterinteressen aus dem größten und maßgebendsten Einzel Landtage des Deutschen Reiches fernzuhalten. Und diese Frage ist nach meiner Ansicht wohl einer erneuerten Erwägung wert. Sie hat sich mir gerade aus Anlaß der neuesten „Wahlreform“ angebracht, und ich bin dabei zu einem Ergebnis gekommen, das zwar auf vielfachen, vielleicht auf allseitigen Widerspruch in den Reihen der Genossen stoßen wird, das ich aber doch nicht umhin kann, hier der Diskussion zu unterbreiten.

Es sind in der Hauptsache zwei Gründe, die bisher die Partei abgehalten haben, sich an den Landtagswahlen in Preußen zu beteiligen. Der eine war der natürliche Widerwille gegen den ganzen Wahlmodus, ein Widerwille, der dazu führte, die Entfaltung von der Wahl als einen Protest gegen das Wahlsystem zu deklarieren. Nun ist, ganz wenige Fälle ausgenommen, die Wahlenthaltung die denkbar schwächste, die impotenteste Form des Protestes, und meist auch nur unter dem Geßel der Schwäche zur Verhinderung desselben gemäßt worden. So von der bürgerlichen Demokratie nach den Wahlen, die dieselbe 1848 und 1849 erlitten. Aber gerade das Beispiel der bürgerlichen Demokratie zeigt auch, daß die proklamirte Entfaltung auf die Dauer nicht angeht. Parteien geben sich auf, wenn sie von der Arena abtreten, wo das politische Leben des Landes sich konzentriert. — Sie bewirken nur, daß andere ihren Platz einnehmen und für die eigenen Zwecke benutzen. Nachdem sie gegen ein Jahrzehnt den Protest der Entfaltung geübt, mußten die bürgerlichen Demokraten in Preußen Anfang der sechziger Jahre doch in den lauren Apfel beißen und auf Grund des atrophen Wahlrechts den Wahlkampf aufnehmen. Es war das Schlimmste nicht, was sie thaten. Der Reaktion, die auf ihre Proteste geoffnen, wurde auf längere Zeit das Leben gründlich lauer gemacht. Falls, der die Unmöglichkeit der atrophen Verfassung zu energisch wie nur einer betont, die Risiken und Tücken des Dreiklassenwahlsystems so scharf wie nur einer gebrandmarkt hat, hat die bürgerlichen Demokraten denn auch und wegen der Benutzung dieses Wahlsystems angegriffen. Er war mit Recht der Ansicht, daß man sich dadurch noch absolut nichts an seinem guten Recht vergiebt, wenn man den Gegner, der

## 43) Das Diamantauge.

Roman von E. D. Vertel.

„Kühen Sie Herrn von Harcourt nicht an, er ist einer der Unseren! Lassen Sie ihn oder ich verweigere die Erfüllung meines Uebereinkommens und schide alles zum Teufel!“ — „Er ist in den Handel nicht eingeschlossen!“ erwiderte der Engländer. „Unser Uebereinkunft schließt nur die Leute des Leuchturms ein. Halten Sie Ihr Versprechen und ich werde das meine halten.“ Gleichzeitig schritt er mit dem bereits bekannten Meister die Fesseln des Wächter-Gefes durch. Vidouret wollte, sich befreit fühlend, dem armen Offizier, welchen vier Männer auf ihre Arme nahmen, zu Hilfe eilen, aber er wurde zurückgestoßen. Als Leopold durch das Thor getragen wurde, rief er mit starker Stimme: „Wenn ich umkommen sollte, so mögen die braven, hier anwesenden Leute erfahren, daß ich ermordet worden bin von —“ Er vollendete nicht; es wurde ihm ein Knebel in den Mund gesteckt und man hörte nur noch unartikulirte Laute.

Alle Eindringlinge gingen darauf hinaus; der Wächter blieb einen Augenblick sprachlos und bestürzt. „Bereiten Sie uns schnell, Vidouret!“ riefen Gaspard und Jean Cante. „Und mich auch! Mich auch, Vater! Ich komme vielleicht noch dazu, einem dieser Uebelthäter die Augen auszukratzen!“ Vidouret hatte für nichts anderes Sinn als für seine Amtspflichten. „Und der Leuchtturm?“ rief er.

Ohne sich weiter zu bemerken, stieg er schnell die Treppe hinauf, um das Uhrwerk aufzufahren. Seine Abwesenheit dauerte nicht lange, aber als er wiederkam, hatte Marianne schon Mittel gefunden, sich und ihre unglücklichen Gefährten zu befreien. Alle liefen darauf zur Plattform, welche an das Thor der Vorhalle grenzte. Die Flut ging hoch; die Wellen drangen fast bis zum Turm. Ein an Felsen befestigtes Boot wiegte sich auf den

Wellen. In diesem Boote befanden sich die beiden Ruderer aus Plouhavel, welche von den Eindringlingen in den Turm gleich zuerst getrieben und gefesselt wurden. Fern im Schatten tauchte eine andere Barke mit aller Geschwindigkeit von sechs Rudern, welche mit Kraft und Gewandtheit gehandhabt wurden.

Man befreite die gefesselten Ruderer und wollte das englische Boot verfolgen, daselbe hatte aber schon einen zu großen Vorsprung; außerdem konnte es von dem Schiffe, zu dem es gehörte, Unterstützung bekommen. Die Macht der Verhältnisse zwang sie demnach, von jeder Verfolgung abzusehen und man begnügte sich mit Wehklagen über das Schicksal Leopold von Harcourts.

### XVIII. Die Frist.

Zwei Tage waren verfloßen und das ganze Dorf Plouhavel befand sich noch in Aufregung wegen des Genatalkes eines englischen Schiffes im Leuchtturm und besonders wegen der gewaltsamen Entführung Leopold von Harcourts, über welchen man feinerlei Nachrichten hatte. Die Lust war davon in Kenntniß gesetzt worden und alle See- und Militärbehörden waren in Thätigkeit. Man konnte indessen die näheren Umstände des Attentats bis jetzt nur durch die Berichte Jean Cantes und der Ruderer des Bootes. Man wartete, um thätigster zu handeln, auf die Zeugenaussagen Vidourets und der anderen Leute vom Leuchtturm, welche denselben Abend nach Plouhavel zurückkehren mußten.

In den Nachmittagsstunden des zweiten Tages saßen Herr von Serville und Natalie in einer Laube ihres Gartens. Serville hielt in der einen Hand eine brennende Zigarre, in der andern ein soeben eingetroffenes Journal. Natalie nähete. Ein dritter Stuhl war leer, Frau Hubert hatte ihn einen Augenblick früher verlassen, um wegen einiger Wirtschaftsangelegenheiten in das Haus zurückzukehren. Herr von Serville, seinen Abtmiß schlürfend und die Zigarre rauchend,

warf hin und wieder einen verlorenen Blick auf seine Frau. Natalie war traurig; sie hatte einen blassen Teint, matte Hüge und schlug die Augen nieder. Zwischen entzücklichen Seufzern ihrer Brust und ihre Arbeit unterbrechend blieb sie unbeweglich.

Während einer dieser melancholischen Augenblicke sagte ihr Ehemann plötzlich, mit der falschen Gümmigkeit, die ihm eigen ist: „Ich wette, meine Liebe, daß ich den Grund Ihrer Seufzerei kenne.“ — „Bemerkungen Sie sich deshalb nicht, mein Herr!“ erwiderte Natalie und nahm ihre Arbeit mit feierhafter Ernstigkeit wieder auf. — „Wegen des armen Leopold sind Sie doch immer so traurig, nicht wahr? Wachsen Sie sich auf! Trösten Sie wieder Mut! Ein solcher Wunsch, wie er, geht nicht so leicht verloren; das ist weder ungewis, noch fraglich. Er wird an einem der nächsten Tage wiederkehren.“ — „Glauben Sie es, mein Herr? Denken Sie wirklich, daß ich ihn nicht getödtet haben?“ — „Da, Kleine! Jetzt habe ich Sie ertrapp! Legen Sie noch, daß Sie unseren Taugenschnitz von Müßel lieben?“ Serville brach in ein helles Lachen aus.

Natalie wendete sich mit einer stolzen und heftigen Bewegung ab. „Nun, mein Herr!“ sagte sie, „so kümmern Sie meine Gedanken und Redungen, wenn ich meine Pflichten gegen Sie erfüllt erhalte? Mein Gewissen fühlt sich nicht belastet durch das Interesse, das ich für einen Freund habe, welcher ein Opfer, ich weiß nicht, welcher geheimnißvollen Intrigue geworden ist. Ich wüßte ihm so viel Respekt einzufloßen, daß diese Empfindung, welche Sie zum Gegenstande Ihrer fortgesetzten Scherze machen, wenn sie wirklich vorhanden ist, stets in den rechten Grenzen geblieben ist.“ — „Wahrhaftig, meine Liebe? Selbst in jener Nacht, in welcher Sie und der schöne Offizier in einem Zimmer des neuen Leuchturms eingeschlossen waren?“ (Fortsetzung folgt.)

einem die Waffe gestohlen, mit der Waffe, die dieser geschleudert, zu schlagen sucht, daß es vielmehr nur darauf ankommt, ob diese Waffe sich überhaupt zum Schlagen eignet, und wenn dies der Fall, ob man sie in der richtigen Weise führt. Aus einem Brief von ihm an Marx aus dem Sommer 1861 geht hervor, daß wenn er zu jener Zeit noch nicht selbst in den Wahlkampf eintrat, dafür nur Gründe der Opportunität für ihn maßgebend waren. Er hielt den Zeitpunkt nicht für gekommen, die Situation nicht für geeignet, aber daß ihn das Wahlthema grundsätzlich abstoßte, dafür steht in dem Brief auch die letzte Andeutung. Und selbst wenn Lassalle, was damals immerhin einschätzbar gewesen wäre, diesen Standpunkt eingenommen hätte, so würden die dreißig Jahre, die seitdem verstrichen sind, deutlich die falsche Beschaffenheit nachgewiesen haben. Dem Proletariat hat die Nichtbenutzung des preussischen Wahlrechts seitens der Sozialdemokratie nicht das Geringste nützt, sie hat daselbe nur der Bourgeoisie lieb und wert gemacht.

Kurz, die Wahlenthaltung aus Prinzip resp. als Protest gegen das System hält in unserem Falle vor der Unterjochung nicht Stich.

Wiel trüger ist der zweite Grund. Dieser beruht auf der Thatsache, daß die drei Klassenwahlssysteme die Sozialdemokratie, da sie der Sache nach nur auf die Stimmen der dritten Wahlerlasse rechnen kann, auch nie in der Lage sein wird, ohne die Stimmen anderer Parteien Abgeordnete durchzuführen, somit also darauf angewiesen wäre, Kompromisse einzugehen. Das ist soweit ganz richtig, und wenn es ferner richtig ist, daß für die Sozialdemokratie Kompromisse unter allen Umständen verwerflich und verwerflich sind, so bleibt in der That nichts übrig, als es in bezug auf die preussischen Landtagswahlen in alle Ewigkeit und unter allen Umständen beim Alten zu lassen.

Ich bin nun aber nicht von der Verwerflichkeit und Verwerflichkeit aller Kompromisse überzeugt. Ich weiß zu viele Fälle in der Geschichte, wo Parteien, radikale Parteien, Kompromisse eingegangen sind, ohne daß sie dabei geprellt wurden oder an ihrer Seele Schaden gelitten hätten. Es kommt alles auf die Natur und Umstände des Kompromisses an. Wenn ich durch einen Kompromiß der Sache, der ich diene, erheblichen Vorteil verschaffen kann, ohne in irgend einer Weise die Unabängigkeit, die Prinzipientreue und die Zukunft meiner Partei zu gefährden, so wäre ich in meinen Augen ein erbärmlicher Schwächling, wenn ich aus Furcht vor dem Mißgelingen, in dem das Wort Kompromiß bei vielen Leuten steht, ihn nicht eingehen würde. Verwerflich ist für mich ein Kompromiß nur, wenn durch ihn die Interessen der Zukunft um momentanen Vorteile willen preisgegeben werden, wenn er zur Aufgabe oder auch zur Verwischung der Prinzipien führt. Es ist aber lächerlich, zu sagen, daß dies die notwendige Folge jedes Kompromisses sei. Die deutsche Sozialdemokratie hat wiederholt bei Stichwahlen zum Reichstage für solche nichtpolitische Kandidaten gestimmt, die sich auf gewisse politische und wirtschaftliche Forderungen verpflichteten: bürgerliche Demokraten, linksstehende Freisinnige oder Zentrumsmänner. Das war auch ein Kompromiß, wenn auch kein geschriebener, sondern meist sogar nur ein stillschweigender. Es wurde eine Gegenleistung erwartet, die im Reichstage, teils sehr nach dem Willen, daß die betreffenden Parteien bei Stichwahlen der Sozialdemokraten mit Konventionen u. G. Gegenleistung über wurden. Das letztere ist nun meist nicht gegeben, aber bezeichnenderweise hatten die Sozialdemokraten den Vorteil davon. Sie wurden momentan geschlagen, um beim nächsten Mal um so glänzender zu siegen. Durch ihr Verhalten hatten sie das Vertrauen der Wähler nach zwei Richtungen gewonnen — das Vertrauen in die Prinzipientreue und das Vertrauen in die praktische Politik der Partei. Momentan geprellt, wenn man den Ausbruch hier für passend hält, waren wir schließlich doch die Gewinner. Es geschloßener, ihrer Ziele bewußter, kampferfahrener eine Partei, um so ruhiger kann sie eventuell es auf einen Kompromiß ankommen lassen, sobald derselbe nur die obigen Bedingungen erfüllt.

### Rundschau.

**Zu der geplanten Tabakfabriksteuer** nahm am Sonntag vormittag eine öffentliche Versammlung Berliner Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen unter ausdrücklicher Ablehnung eines Zusammengehens mit den Fabrikanten in dieser Frage, die nur scheinbar gemeinsame Interessen berührt, Stellung durch einstimmige Zustimmung zu folgender Resolution: Die pp. Verleumdung beschließt: „In Erwägung, daß alle indirekten Steuern auf Bedürfnisartikel der großen Masse des Volkes eine höchst ungerechte und verwerfliche Belastung gerade der ärmsten Kreise des Volkes bedeuten; in Erwägung, daß von den Vertretern der Reichsregierung, wie von Vertretern der Parteien, welche für eine Vermehrung der Heereslasten eintreten, bestimmt versprochen worden ist, die neuen Steuerlasten von den Schultern der wirtschaftlich Schwachen möglichst fernzuhalten; in ferner Erwägung, daß die Einführung der Tabakfabriksteuer erstens die Tabakfabrikate erheblich verteuern und damit insbesondere den Verbrauch von Zigaretten wesentlich einschränken wird, zweitens die in der Tabakbranche noch zahlreich vorhandenen Kleinbetriebe sowohl durch die Verteuerung des Produktes wie durch die mit der Tabakfabriksteuer notwendig verbundene äußerst komplizierte und belästigende feueramtliche Kontrolle gegenüber dem Großbetriebe ganz konkurrenzunfähig machen und zu Grunde richten wird, drittens mindestens 50000 in der Tabakindustrie beschäftigte Arbeiter erwerbslos machen und dem noch verbleibenden Lohn der Arbeiter die ohnehin schon äußerst ungunstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geradezu unträglich machen wird, auf das Entschiedenste gegen die projektirte Tabakfabriksteuer sowohl, wie gegen jede andere Form der stärkeren Steuerbelastung des Tabaks Protest zu erheben und den Reichstag zu verpflichten, jedem beantragten Gesetzesvorlage diese Zustimmung zu verweigern. Die Versammlung beschließt ferner, in Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Frage für die gesamten gewerblichen und kommerziellen Verhältnisse Berlins, in nächster Zeit eine allgemeine Versammlung der Einwohner Berlins zum Zwecke der Protesterhebung gegen diese Steuerpläne der Regierung zu veranlassen.“ Im An-

schluß hieran wurde beschlossen, in gleicher Angelegenheit im November während der Tagung des Reichstages einen Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

**Die Oppositionslust** gegen die Steuerprojekte der Regierung regt sich selbst bei den Nationalliberalen. In einer am letzten Sonnabend in Speyer abgehaltenen nationalliberalen Versammlung fragte ein Redner unter großem Beifall, ob die neuen geplanten Steuern die Erfüllung des Verprechens bedeuten, das dem deutschen Volke während des Wahlkampfes von hoher Stelle gegeben wurde, daß die entstehenden neuen Lasten auf die starken Schichten zu verlagert werden sollten. Nach den Klagen aus den Arbeiter- und bauerlichen Kreisen sei leider das Gegenteil anzunehmen. Redner bezeichnete es als die wichtigste Aufgabe für die Rächtheit, unheimlich um Drohungen von oben, diese Vorlagen zu bekämpfen und den Abgeordneten des Wahlkreises, Dr. Glemm, zu ersuchen, in Erfüllung seines Versprechens aus der Wahlzeit, gegen diese Steuerprojekte zu stimmen.

Das klingt sehr energisch. Aber die Militärvorlage, deren Folge die Steuerprojekte sind, wurde anfangs von den Nationalliberalen beifällig und schließlich doch angenommen. Wir trauen der Oppositionskraft der Nationalliberalen nicht zu, daß es bei den Steuervorlagen besser gehen wird. Ihre Widerstandskraft ist gebrochen; sie können nur noch vorher warnen, um nachher umzufallen. Dem Militarismus wird erst ein Halt geboten werden, wenn das Volk in seiner Masse sich einschließt, Männer in den Reichstag zu wählen.

Eine harte, aber vollauf verdiente Kritik der Sozialpolitik der Reichspostverwaltung übt Dr. Heinrich Braun in der neuesten Nummer des „Sozialpolitischen Zentralblattes“. Nach der Statistik der deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung für 1891 umfaßt die Hierarchie der deutschen Reichspost ca. 131 317 Beamte. Auf die Lage dieser Beamten wirkt die Thatsache ein großes Schlaglicht, daß in dieser enormen Zahl, von den Postarchitekten abgesehen, nach dem Etat für 1893/94 bloß 3147 höhere Beamte vorhanden sind. Scheidet man weiterhin die Klasse der Sekretäre und Postmeister als eine mittlere Klasse, so ergeben sich in dieser Kategorie 5204 Personen. Die Subalternbeamten (Ober-Assistenten und Assistenten) zusammen mit den Unterbeamten umfassen 49 198 einstmäßige Stellen. Außerdem sind noch beauftragt 73 222 Beamte im Volksdienst thätig, die zum Teil jeden Tag entlassen werden können und nur diätarisch beschäftigt sind.

Die Sicht, ohne Heberhänge zu erzielen, verführt die Reichspostverwaltung dazu, mit einer möglichst großen Zahl jugendlicher Hilfskräfte und zu einer inhumanen Stellung dauernd verrenteter Assistenten zu arbeiten und durch die Erparnisse an den Gehältern große Profite zu erzielen. Ist die Stellung der Subalternbeamten eine in jeder Hinsicht unbefriedigende, so gestaltet die ökonomische wie soziale Lage der Unterbeamten (Briefträger, Postkassierer, Postpaßträger, Posthilfsboten u. c.) sich noch weit ungunstiger. Die große Zahl der gegen Tagesgehälter Beschäftigten erreicht gewöhnlich nur den ursprünglichen Lohn und bleibt, wie z. B. in Berlin, teilweise sogar hinter denselben zurück. Die etatsmäßig angestellten Beamten beziehen neben einem zwischen M. 60 und M. 240 schwankenden Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt von M. 775 bis M. 1200 im Jahr.

Dr. Braun schließt seine Ausführungen mit den Worten: Die Aufgabe, die der Verwaltung gestellt ist, hat sie in keiner Hinsicht zu lösen verstanden. Wenn die Reichspostverwaltung ihre Politik nicht gründlich ändert, dann wird sie sich noch auf ganz anderen Widerstand gestoßen müssen als bisher. Fast einmütig haben alle Parteien des Reichstages an der Reichspostverwaltung wegen ihres Vorgehens gegen den Assistenten-Verband scharfe Kritik geübt. Das sollte ihre eine Mahnung sein, endlich umzukehren und eine positive Sozialpolitik zu treiben, die die betriebende Lage der unteren Beamtenschaft durchgreifend zu bessern unternimmt.

**Die Päpste in einem Schulgeschichtsbuch.** Die „Köln. Vzg.“ beklagt sich darüber, daß ein am hiesigen Realgymnasium gebrauchtes Geschichtsbuch folgenden Satz enthält: Die Päpste waren nicht selten die lasterhaftesten Menschen, und ihrem Beispiel folgte die hohe und niedere Geistlichkeit, von deren Stolz, Geiz, Prahl, Leppigkeit und fleischlichen Sünden die Geschichtsbücher jeder Zeit ein abschreckendes Beispiel geben. Auch die Kleriker, ursprünglich bestimmt, Sitten christlicher Zucht und Frömmigkeit zu sein, waren in Eigne der Unzucht und Gottlosigkeit ausgeartet.“ Die „Köln. Vzg.“ verlangt also, daß die Geschichte zu Gunsten der Päpste gefällig vorgetragen wird.

**Zum „Fall Hoffmeister“** wird dem „Würtl. Journ.“ ein mehr als 20 Jahre alter Zeitungsausschnitt zugesendet, welcher folgende Notiz enthält: „Ein edler Graf. In Hildesheim ereignete sich folgender Vorfall: Ein Graf von Benzell-Ternau, Leutnant im 10. bayer. Jägerbataillon, kam am Sonnabendabend mit einigen Kameraden von der Dettlinger Jagd zurück und bestellte sich in der Bahnhofrestauration ein Bierchen. Als er hierauf zu bezahlen begehrt und der Kellner ihm hierfür 6 Kreuzer überbrachte, geriet der „edle Graf“ zu außer Fassung, weil der „Garcon“ ihn nicht den vom Militär zu entrichtenden Betrag von 4 Kreuzer angelegt hatte, daß er zuerst mit allerlei unedlen Ausdrücken, wie „bürgerlicher Schweinehund“ um sich warf, sodann aber seinen Säbel zog und dem armen Teufel damit drohend über's D' hiel, daß er sofort zumamentale und eine laufende Wunde die Halsenheit des Grafen vertiet. Und das ist eine Waise „bürgerliches Bad“ ruhig mit an, feiner hatte den Mut, dem Herrn Grafen den Standpunkt klar zu machen, ja man läßt sich auch noch gefallen, daß er sich drohend gegen die anderen Anwesenden wandte.“ Es wäre nun vielleicht nicht uninteressant zu wissen, ob dieser schneidige Herr Leutnant identisch ist mit dem jetzigen Kompagniechef Graf Benzell-Ternau, der im Prozesse Hoffmeister demnach eine gewisse Rolle spielen wird.

**Leutnant Hoffmeister** wurde aus der Frontlinie wieder in das Garnison-Gefängnis zurückgeführt. Ueber das Ergebnis der Untersuchung verläutet noch nichts.

**Die Vorbereitungen für den sozialen Kongreß**, welchen das Freie Deutsche Hochstift in Frankfurt a. M. durch seine volkswirtschaftliche Section am 8. d. Mts. veranstaltet, sind nunmehr abgeschlossen. Der Gegenstand, über welchen verhandelt werden soll, Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie und Handelsstädten, hat so allgemeines Interesse erweckt, daß schon jetzt 200 Teilnehmer- und ebensoviele Jähresbeiträge vergeben sind. Angehend sind u. a. Vertreter der städtischen Verwaltungen von Wöckelheim, Kassel, Kottbus, Fürth, Hanau, Hamburg, Mainz, Osnabrück, Stuttgart, Worms u. s. w., zahlreiche Gewerbetreibende und Leiter von Arbeitsnachweisanstalten, Verwaltungsbeamte der Invaliditäts- und Altersversicherung, Reichs- und Landtagsabgeordnete, Gewerbeinspektoren, die Generalcommission der deutschen Gewerkschaften in Hamburg, Delegierte der Badgründer, Metallarbeiter, Bauarbeiter, verschiedene industrielle Verbände, Gesetze, Geistliche u. s. w. Da die Teilnahme an dem Kongreß jedem nach vorheriger Anmeldung beim Hochstift offen steht, erklärt sich die allseitige Beteiligung von selbst. Unter diesen Umständen ist ein für die soziale Praxis gewinnbringender Verlauf der Verhandlungen nunmehr gesichert.

**Wie der bayerische Landtag „arbeitet“**, darüber erfahren wir aus dem „Bayerischen Vaterland“ folgendes: „Im Landtag geht es nach altem Brauch gemächlich „langsam voran“. Am Donnerstag feierliche Eröffnung in der Kirche und im Tronssaal und damit war des Tages Arbeit (die das Land rund 3000 M. kostet) bereits gekannt. Den Freitag brachte man zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer und damit war auch dieser Tag auszufüllen — macht abermals 3000 M. Sonnabend war Königs Namenstag, was für die königstreuen Volksvertreter natürlich Ruhe bedeutete. Kostete wieder 3000 M. Die Mehrzahl der Volksvertreter genießt die Ruhepausen bei dem schönen Wetter mittelst ihrer Freizeiten weit ab von der arbeitsschweren Hauptstadt. Am Sonntag ist Ruhe selbstverständlich. Am Montag erinnert man sich wieder daran, daß man eigentlich auch etwas „für des Landes Wohl“ thun muß, und wählt die Ausschüsse, was natürlich wieder einen Tag und 3000 M. erfordert. Am Dienstag hält der Finanzminister eine Rede — abermals ein Tag und wieder 3000 M. Mittwoch — wenn's schnell geht — konstituieren sich die Ausschüsse und der Vorsitzende des Finanzausschusses verliest die berühmten Referate. Jeder Referent füllt sich zunächst verpflichtet, sein Referat auf einige Zeit in eine Ecke zu legen, um mehrere Rächte in Gemüthsruhe darüber zu schlafen...“

Das „Vaterland“ hat zweifellos recht. Aber jo wie es im bayerischen Landtage zugeht, so ist es in allen Landtagen der verschiedenen deutschen Vaterländer. Das Einsetzen der Dämon ist ja an sich schon eine ganz böse Sache.

**Die Gewerbetreibendenwahl in Glauchau** hat — wie sich das auch gehört — einen Sieg der Sozialdemokratie ergeben. In einem Eingeladnen in „Glauchauer Tageblatt“ war schon der Furcht der Gegner vor einem Siege Ausdrück gegeben. Das hat sich nun richtig eingestellt — das Gewerbegericht ist „rot“. Die sozialdemokratische Liste der Arbeitgeber siegte mit 124 über 89 Stimmen der Gegner des Gewerbevereins. Eine Arbeiterliste aufzustellen, hatten die Gegner von vornherein für verlorene Liebesmüh gehalten und so stieg auch hier unsere Genossen mit 408 Stimmen. Nach der Meinung des „Tageblatt“ sind nun die Tage Glauchaus gezählt.

**Ein ländliches Idyll.** Die „Würzener Zeitung“ schreibt: In Wellerswalde giebt es ein Rittergut. In und über diesem waltet der treffliche Pächter Schmäh. Bei ihm arbeitet seit länger denn 12 Jahren der alte Haubold, der jetzt seine 70 Jahre auf dem Rücken hat. Schmäh auf verlannte nun, Haubold solle den Nachwächterdienst auf dem Gute übernehmen. Das lehnte Haubold in Hinblick auf sein Alter und seine Gebrechlichkeit ab. Das war verständlich von ihm. Die Folge war, daß Schmäh sowohl dem alten Haubold als dessen Frau keine Arbeit mehr gab. Andere Arbeit findet der Veteran im Dorfe nicht. Es bleibt ihm nichts weiter übrig, als sein Häuschen zu verkaufen und in die weite Welt zu ziehen. Nun zweifle einer noch an dem väterlich patriarchalischen Verhältnisse, in dem ein Rittergutspächter zu „seinem“ Gefinde steht.

### Parteinachrichten.

Wegen Verleibung eines Färbereibetriebes wurde der Redakteur der „Bergischen Arbeiterzeitung“ in Solingen, Albert Wilde, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Wegen verächtlicher Aeußerlichkeiten wurde der Redakteur der „Säch. Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, Genosse Westler, vom Landgericht Dresden zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5. Oktober.

**Die General-Versammlung des Lehrervereins** der Provinz Sachsen, welche gestern (Mittwoch) halb 10 Uhr morgens im großen Saale der Kaiseräle begann, zeigte eine weitestgehende Beteiligung der Mitglieder, als die gestern berichtete General-Versammlung des Pädagogischen Vereins. Die Liste der Teilnehmer an der allgemeinen Versammlung der drei Vereine führt 589 Mann auf, deren Träger auch bei der genannten Pädagogischen Vereins-Sitzung beinahe vollständig vertreten waren. — Die beiden von uns erhofften Vorträge (siehe gestrigen Bericht) konnten leider aus weiter unten angeführten Ursachen nicht gehalten werden. — Als erster Vortrag auf die Tagesordnung gelangt war folgendes Thema: „Können wir dafür stimmen, daß der Lehrerverein bei der Staatsregierung um Einführung der Freischreibung Orthographie vorstellig werde?“ Referent: Herr Seminarlehrer Krause-Dörberg, Korreferent Herr Rektor Ludw. Magdeburg. Da dieses Thema ebenfalls einen öffentlichen Streit zwischen den Pädagogischen und Pädagogischen der sogenannten jetzigen Rechtschreibungs-Ag in Deutschland und mit dräuflichen, vielfältig allgemeine Streitigkeit erweckenden Gegenüberstellungen illustrierten Vortrag auf Eingehende begründet wurden. Wir glauben dies umso mehr thun zu müssen, als ja gerade die Kinder der Volksschulen den größten Teil ihrer Schulzeit darauf zu wenden haben, sich mit der Lösung der Rechtschreibung heranzuplagen, ohne hierin überhaupt, trotz aller Qualitäten, zum Ziele zu gelangen. — In den dem Vortrage zu Grunde gelegten Verhältnissen heißt es: „1. Unsere



